



## Sylvia Kotting-Uhl

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An den Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Peter Altmaier

Per Post austausch

Vorab per E-Mail: [buero-prkr@bmwi.bund.de](mailto:buero-prkr@bmwi.bund.de)



## Claudia Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Bundestagsbüro Sylvia Kotting-Uhl

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 227-747 40  
📠 (030) 227-767 42  
✉ [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

### Bundestagsbüro Claudia Müller

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 227 722 27  
📠 (030) 227 202 29  
✉ [claudia.mueller@bundestag.de](mailto:claudia.mueller@bundestag.de)

Berlin, 26. Oktober 2020

## Polnischer Atomeinstieg – letzte Chance zu agieren jetzt ergreifen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Im November 2019 hatte ich Sie angeschrieben und darum gebeten, dass Ihr Ministerium im Rahmen der Erarbeitung der polnischen Energiestrategie 2040 (PEP2040) die grenzüberschreitende Beteiligung Deutschlands einfordert. Dieses Recht steht Deutschland nach Artikel 10 des UNECE-Protokolls über die Strategische Umweltprüfung (SUP-Protokoll) bzw. gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) zu. Eine Beteiligung Deutschlands ist vor allem deswegen unverzichtbar, weil die Energiestrategie den polnischen Atomeinstieg verankert: Die Atomkraft wird als wichtigstes Instrument der Emissionsminderung eingeführt und schon 2026 soll das erste von sechs Atomkraftwerken an der Ostsee, unweit der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, entstehen.

Meiner Bitte sind Sie nicht nachgekommen. Dank meines Einsatzes bei der UNECE bietet Ihnen Polen nachträglich eine zweite Beteiligungsmöglichkeit, nachdem die Konsultationsfrist offiziell abgelaufen ist. Das geht aus dem Bericht über die Tagung des Espoo Implementation Committee vom 1. - 4. September hervor. Demnach kann sich die Bundesregierung bis zum 12. Januar 2021 als von der polnischen Energieplanung potenziell betroffene Vertragspartei melden. Ich ersuche Sie darum, diese Möglichkeit im Sinne der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu ergreifen.

In der Antwort auf meine schriftliche Frage 45 auf Bundestagsdrucksache 19/16951 weist Ihr Ministerium darauf hin, dass Polen im Rahmen seiner Energieplanung keine möglichen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen auf Deutschland identifiziert hat. Da es sich hier um den Bau von Atomkraftwerken handelt, ist diese Aussage schlichtweg



**Sylvia Kotting-Uhl**

Seite 2

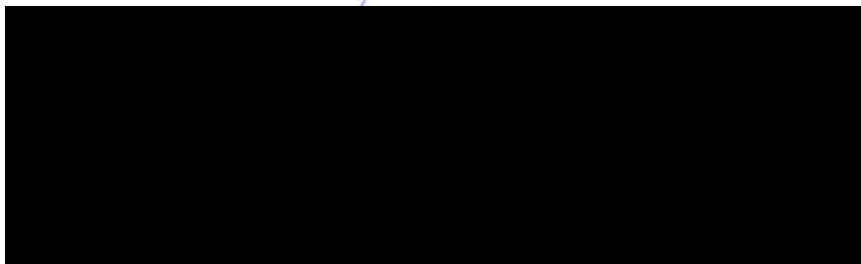
---

realitätsfremd. Die polnische Regierung verharmlost das entstehende Risiko. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, solche Informationen kritisch zu hinterfragen. Ich bedaure an dieser Stelle jegliche Defensivität. Vom Land des Atomausstieges erwarten ich und andere Menschen und Länder mehr.

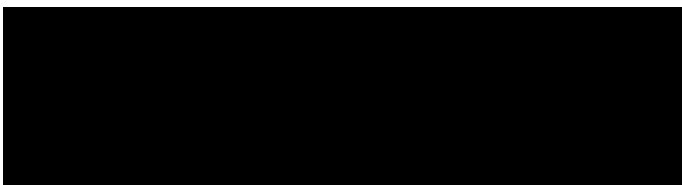
Ihr Ministerium teilte mir außerdem mit, dass sich die Bundesregierung im Rahmen des polnischen Atomprogramms von 2011, das zwischenzeitlich eingestellt wurde, schon an einer strategischen Umweltprüfung beteiligt hatte. Wie Sie bereits wissen, bietet dieses Instrument aber nicht nur der Bundesregierung die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, sondern auch der deutschen Bevölkerung eine Chance auf direkte Beteiligung. Nach fast zehn Jahren und unter Berücksichtigung der angepassten Ziele und Standorte ist dies geboten. Bitte verweigern Sie insbesondere der grenznahen Bevölkerung nicht ihr Recht auf Beteiligung.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie noch einmal dringend darum, eine grenzüberschreitende Konsultation zur Energieplanung 2040 von Polen einzufordern. Die Zeit drängt: Vor zwei Wochen wurde das überholte polnische Atomprogramm aktualisiert, letzte Woche unterzeichneten Polen und die Vereinigten Staaten ein Abkommen über geschätzte 18 Milliarden US-Dollar für US-amerikanische Nukleartechnologie.

Mit freundlichen Grüßen



Sylvia Kotting-Uhl MdB



Claudia Müller MdB